

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Vorzahlung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, halbjährlich 42,00 Mark, einjährig 78,00 Mark. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsgeschäftsamt unter Angabe der Zeitung eingetragener, für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Verlagsanstalt gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Gesangs-Abt. Nr. 1133.

# Nahe-Zeitung

Jahrgang 1921/22

Die 8 Spaltenzeile 34 mm breite Millimeterzeile über deren Raum 60 Pf., fünfzeilige 40 Pf., Restraum die 32 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an anderen Geschäftsstellen in sämtl. Anzeigenbüros Erlangerstraße 51/52. Erhöht täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 12. Gr. Oranienstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstr. 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4094.

Nr. 193.

Halle, Mittwoch, den 27. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Die deutschen Vorschläge im Reichstage.

### Die deutschen Vorschläge.

Im Depeschenteil unserer gestrigen Abendausgabe ist die deutsche Wiedergutmachungsnote an Amerika veröffentlicht worden, auf die die gesamte deutsche Öffentlichkeit seit Tagen mit Spannung gewartet hat und die nun zum Mittelpunkt einer mehr oder weniger gut gemeinten Kritik von allen Seiten werden wird. Durch amtliche und halbamtliche Mitteilung n teils aus deutscher, teils aus ausländischer Quelle waren wir darauf vorbereitet, doch die unseren höflichsten Bedrückten ein Entgegenkommen bis an die äußerste Grenze des Möglichen bieten und uns in deutschen Vaterland eine Last aufbürden würde, die nur unter dem restlosen Einfluß des guten Willens und der letzten Kräfte unres. gelamten Volkes ertragen werden kann. Wenn man die Note nun flüchtig überfliegt, so könnte man zu der Ansicht kommen, daß es eigentlich nicht recht verständlich ist, warum der deutsche Außenminister mit dieser Note eine solche Geheimnistuerei getrieben hat. Aber vor der ganzen Situation mit der erforderlichen Ruhe und Freiheit, von Parteibedenken g. unberührt, muß sich doch sagen, daß die Note in dieser fassen und mit ihren positiven Vorschlägen n wohl kaum den Weg nach Washington gefunden haben würde, wenn man sie vor ihrer Ablesung im Parlament zur Debatte gestellt haben würde. Wer in diesen Tagen Gehörtheit hatte, im Reichstage zu sein, weiß, daß es d. n. Schwächen der Extrimisten welen. n liegt, die Staatsnotwendigkeiten und das Allgemeininteresse unter allen Umständen zu respektieren, und daß sie alles und jedes immer nur durch die Brille des Parteinatismus betrachten und ihre R. den zum Fenster hinaus halten, um neue Partimitglieder zu werben oder zum mindesten die alten bei der Stange zu halten. Ein solches vaterlandsfeindliches Verhalten muß uns in der gegenwärtigen Lage die denkbar größten Schwierigkeiten n bringen und könnte uns auch noch die letzte Verständigungsmöglichkeit rauben. Abgesehen davon, daß auch das neue Deutschland an diplomatische Gepflogenheiten gebunden ist, die nur eine gleichzeitige Veröffentlichung der Noten bei allen beteiligten Mächten zuläßt, konnte also Dr. Simons gar nicht anders, als was er getan. Die Note macht keineswegs den Eindruck, als ob sie ohne das Ansehen n von Sachverständigen zustande gekommen sei. Natürlich ist es möglich, daß bestimmte Sachverständige, auf die man in bestimmten, zur prinzipiell. n Disposition neigenden Parteien aus bestimmten Gründen besonderes Gewicht legt, nicht hinzugezogen worden sind. Darauf kann aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit keine Rücksicht nehmen, denn es hat keine einzelne Partei das Recht, sich allein als die richtige und maßgebende Vertretung des deutschen Volkes zu bezeichnen, solange jede Partei sich weniger von Allgemeininteressen, als vielmehr von Sonderinteressen bestimmter Wirtschaftsklassen leiten läßt und solange man sich in einzelnen Parteien n nicht dazu bequemt, die reinen Wirtschaftstragen, die alle Volksschichten gemeinsam betreffen, von den rein politisch. n ideellen Fragen zu trennen. Um die Handlung des deutschen Außenministers richtig abzuwägen zu können, muß man annehmen, daß er erkannt hat, daß die leider bestehende Parteilichheit und Parteigebälligkeit in der gegenwärtigen Situation nicht aus den Schwierigkeiten heraus bring. n kann, und man wird zum wenigsten seinen Mut anerkennen müssen, der ihm zum Handeln auf eigene Verantwortung trieb. Hier hat er sich einmal als der starke Mann erwiesen, der die eigene Schwermüdigkeit n Verantwortung nicht scheut, wenn er glaubt, auf dem Wege, der an sich vielleicht richtiger wäre, nicht schnell und sicher genug zum Ziele zu kommen. Er hat sich echter Demut dabei nicht an seine Person, sondern nur an das Volk bedacht, diesen Bescheid in seine Hand gelegt und. Der Erfolg wird nun erweisen, ob er recht gehandelt hat, und wenn der Erfolg kommen sollte, dann wird auch Parteigebälligkeit im Innern sich nichts anhaben können, sondern die Mehrheit des Volkes wird sich hinter seinen Außenminister stellen.

Bereits gestern hat die Aussprache über das Angebot des Dr. Simons im Reichstage einleihen sollen. Zur Stunde, in der diese Zeiten die Debatten nehmen werden, und es erhebt sich uns ungewohnlich, zu der Note in ihren Einzelheiten Stellung zu nehmen, solange sich die Reichstagsfraktionen durch ihre dazu bestimmten Redner noch nicht äußert haben. Aber das eine läßt sich doch wohl schon heute sagen: Das Angebot hat eine realere Grundlage als die bisherigen Vorschläge. Ein wesentliches Ueberstreiten dessen, was Dr. Simons als gebundene Marschroute nach London mitgenommen hatte, läßt sich nicht vorzuziehen. Es handelt sich vielmehr um eine präzisere Angabe von neuen Wegen, um das Londoner Angebot, über das ja die Ententezusammenschluß den Stab gezogen, eher es überhaupt genauer durchzuführen, durchgeführt werden kann, ohne das Deutschland der

unter zusammenbricht. Wir haben den Eindruck, als ob diesen neuen Vorschlägen private, inoffizielle Vorbesprechungen mit maßgebenden amerikanischen und Persönlichkeiten solcher Staat. n vorangegangen sind, die nicht mehr in der Kriegsepoche stehen und die aus Haß und Vernichtungsgedanken den klaren Blick für reale Wirtschaftswirtschaften haben. Die wichtigsten Punkte der Note sind fraglos das Angebot der deutschen Mitarbeit am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, das eine Belastung Deutschlands durch Spekulationsgewinne französischer Unternehmer ausschließt; ferner das Angebot von einer Milliarde der Goldmark, das das Verlangen Frankreichs nach dem Goldhaushalt der Reichsbank unterbindet, schließlich die Forderung einer internationalen Anleihe sowie die Bedingung, daß das System der Sanktionen und die damit verbundene Erdrückung der Reparationen durch unproduktive Ausgaben befristet wird.

Fraglos werden, wie schon erwähnt, diese Vorschläge die heftigste Kritik auslösen, aber es will uns doch scheinen, als wenn sie es wert sind, zum Freund wie Feind mit der größter Ruhe und Sachlichkeit geprüft und zum Gegenstand wirklicher Verhandlungen gemacht zu werden. Die Welt muß endlich zur Ruhe kommen, wenn der Weg zur praktischen Weltwirtschaft wieder frei werden soll, ohne die eine Geländung aller Staaten ohne Ausnahme unentbehrlich ist. Um das zu erreichen, müssen von allen Völkern Konzeptionen gemacht werden. n. Dann wird auch für uns Deutsche der Weg frei, mit unserem Fleiß, unsern Intelligenz und unserer Gründlichkeit den Einfluß zurückzugewinnen, den wir früher hatten. Es geht dabei der volle Einsatz unserer ganzen Kraft, aber wenn wir alle guten Willens sind, dürfte es wahrlich mit dem Erfolg zugehen, wenn wir trotz aller Hindernisse und Lasten nicht wieder hochkommen sollten. Wir haben die Hoffnung, daß die Welt das weiß, und deswegen nach diesem Angebot dem französischen Wahnsinn den Weg verlegen wird, der die Welt zugrunde richten müßte.

### Die Aufnahme in Amerika.

Vertratsnachrichten aus den Vereinigten Staaten lauten recht günstig, wenn auch vor einem zu großen Optimismus noch nachdrücklich gewarnt wird. Es scheint, daß die amerikanische Regierung die deutschen Vorschläge noch nicht weitergegeben hat, sondern Ergänzungen oder Änderungen von der deutschen Regierung wünscht. Diese Wünsche dürften sich insbesondere auf höhere Bestimmung der Zahlsumme unserer Schuld beziehen, die in unseren Vorschlägen schätzungsweise mit etwa 200 Milliarden Mark insgesamt beziffert wird.

Wenn sich also gerade angeht die Kritik und Ergänzungsforderungen ein gewisser technischer Vorteil der amerikanischen Vermittlung zeigt — bei einer doppelten Übermittlung der Vorschläge an die Alliierten wäre vielleicht schon wieder ein „Bruch“ zu verzeichnen gewesen — so darf man doch nicht übersehen, daß die amerikanische Regierung die deutschen Vorschläge noch nicht für Übermittlung bereit hält, wodurch in die Reparationsfrage wieder ein gewisses verzögerndes Moment gekommen ist. Denn es müßte erst noch unterzucht werden, ob den amerikanischen Abänderungswünschen entsprochen werden kann. Es besteht also noch immer keine Sicherheit, daß es überhaupt zu Verhandlungen mit der Entente kommen wird.

### Simons' amerikanische Gewährsmänner

Der „Manchester Guardian“ weiß über die Vorgeschichte der deutsch. n amerikanischen Verhandlungen folgendes aus Berlin zu berichten: Von Paris traf n vor einiger Zeit in Berlin einige Amerikaner ein, vorwiegend Vertreter katholischer Strömungen in Amerika und der Baumwollfarmer der Südstaaten. Die Absicht dieser Herren, die sie nach Ansicht für Deutschland — geräthweise über eine Milliarde Dollar —, damit die Baumwollpflanzer ihre alzu großen Vorurteile endlich nach Mittelamerika loswerden könnten. Im Verlauf dieser Kreditverhandlungen, die übrigens energisch fortgesetzt werden, ergab sich die Abhängigkeit einer Anleihegewährung von einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage. Dadurch hätten die Herren schließlich ihren Weg zu Dr. Simons gefunden und so ist schließlich der Appell an Harding zustande gekommen, dessen Form direkt von den Amerikanern angelegt worden sein soll. Sie sollen es für unerlässlich erachtet haben, daß Deutschland sich mit so ungewohnter Selbstentäußerung an Harding wende, weil sonst keine genügend günstige Atmosphäre für die außerordentlich schwere Vermittlung Amerikas geschaffen werden könnte.

### Wünsche und Gedanken in den Ententeländern.

Reuter meldet, es ersehnte hier, daß der Ob. vice Rat am nächsten Sonnabend in London und nicht in Paris zusammentreten werde.

„Morning Post“ meldet aus Washington, daß die internationalen Regierungen und nicht die Vereinigten Staaten in Wirklichkeit entscheiden werden, ob die neuen deutschen Reparationsvorschläge eine geeignete Grundlage für die Wiedererrichtung der Reichsfinanzen bilden. Wenn die deutschen Vorschläge vom Präsidenten und dem Staatssekretär Hughes geprüft worden seien, werde der Staatssekretär sie dem britischen und dem französischen Botschafter zur Information und Ansicht unterbreiten. Wenn die Vorschläge bereitwillig seien, daß es der britischen und der französischen Regierung nicht angängig erscheinen würde, sie entgegenzunehmen, würde — während natürlich die Vorschläge inoffiziell nach London und Paris übermittelt wurden — die deutsche Regierung offiziell davon in Kenntnis gesetzt werden, daß sich der amerikanische Präsident nicht für beständig andere Ansicht die Vorschläge die ehrlie Absicht von Seiten Deutschlands befunden, seine Verpflichtungen zu erfüllen, dann würde die weitere Behandlung von der in London und Paris unternommen Aktion bestimmt werden. Sowohl Harding als auch Hughes seien der „Morning Post“ zufolge entschlossen, sich in keiner Weise von Deutschland zu Vorparandieniten benutzen zu lassen. Sie seien nur von dem Wunsch befeuert, den Alliierten einen Dienst zu erweisen, indem sie eine Regelung mit Deutschland herbeiführen.

Im diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es: Zweifellos ist die Vorbereitung der Übermittlung der neuen deutschen Reparationsvorschläge nach dem Entente hauffaststen darauf zurückzuführen, daß Harding vor einer offiziellen Vermittlung irgendeines deutschen Angebotes an die Alliierten zuerst durch diplomatische Kanäle primär feststellen wolle, wie sich die Alliierten zu den in Frage stehenden Vorschlägen stellen. „Daily Telegraph“ sagt weiter: Die britische Regierung betrachtet die Frage der 600 Millionen Pfund, die am 1. Mai fällig sind, als untergeordnet. Sie berechtigt nicht dazu, unmittelbar nach dem festgesetzten Zeitpunkt Zwangsmaßnahmen einzutreten zu lassen, wenn Aufschub in der Zwischenzeit ein befriedigendes Angebot aus der allgemeinen Grundlage des Pariser Abkommens gemacht habe. Loucheuxs Projekt einer internationalen Kontrolle und Ausübung, das nach Loucheuxs Schätzung jährlich 250 bis 300 Millionen Pfund einbringen soll, sei bei der Beratung von Olympie fallen gelassen worden.

### Deutscher Reichstag.

96. Sitzung vom 26. April 1921, nachm. 2 Uhr. Saus und Tribünen sind fast besetzt, ebenso die Diplomatenloge.

Am Ministertisch die Mitglieder des Kabinetts. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Abg. Braunig (U. S.) erwidert sich nach dem Verbleib von 4 1/2 Millionen, die dem Reichstagsminister für die Vorbereitung des Reichsverband für See- und Küstenschiffahrt zur Unterweisung des aus dem Seebecken heimkehrenden Seefahrer übergeben werden sind. — Regierungsausschuss wird beantwortet, der Reichsverband, der erst 1920 gegründet worden sei, habe niemals 1/2 Millionen für den in der Anfrage erwähnten Zweck aufgebracht.

Auf die Anfrage des Abg. Hiltl (D. Vot.), der ersucht, daß der Reichstag sich in der Sache bringt (es ist von fünf Mitgliedern der Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes der Austritt aus der Berufsorganisation verlangt und ihnen die Kündigung angedroht worden), erwidert Ministerialrat Wulff, daß Saus gegen Kündigungen bezug der Einreise gemäss § 84 des Reichsrechts gegeben habe. Wie weit der für das geltende Recht gewährte Schutz der Vereinigungsfreiheit weiterer Ausgestaltung bedürftig werde bei der allgemeinen Neuordnung des Arbeitsrechts sorgfältig erwogen werden.

Abg. Kuntz (U. S.) führt Rede darüber, daß die Redakteure des Reichsboten verurteilt worden sind, weil sie von Klassenjustiz in den Fällen Wulff, A. Hiltl und v. Kessel gesprochen haben. Ein Regierungsvortrag verurteilt sich auf das Strafaltes, das die Verteilung rechtfertigt.

In einer weiteren Anfrage wird Abg. Kuntz (U. S.) der Regierung vor, sie habe die Kommunalwahlen in Mitteldeutschland dadurch verhindert, daß sie den deutschen Ortschefsheimern nicht rechtzeitig entgegengetreten sei. Reichstagsminister Ruessert erwidert, die Verantwortlichen für den Ausfall treffe aus schließlich die kommunalpolitischen Beamten, nicht die deutschen Ortschefsheimern.

Abg. Dr. Kosenfeld (U. S.) fragt nach dem Erfolge der Münchener Rede des Ministers Dr. Heine zur Entwarnung der bayerischen Einwohnerbewegungen. Die Rede wurde von den Reden mit Gelächter und ironischen Zurufen begleitet.

Ein Regierungsvortrag wird in seiner Antwort, daß der Sonntag einer Sabbatage der Entwaffnung der bayerischen Regierung nicht gemacht werden könne. Die Meinungsverschiedenheiten über den Zeitpunkt würden gelichtet. Der Reich Dr. Heines in München sei von einem Teil der Presse außerordentlich entsetzt gelichtet worden.

Das Haus legt alsdann die Beiratsrechnung der Internationalen über die auswärtige Politik fort.

### Minister Simons

verliest zunächst den Wortlaut der Note n die amerikanische Regierung und geht sodann zur die Entente in der Sache n. Die Entente ist zu groß, um noch während der dortigen Konferenzen überbrückt werden zu können. Neue Verhandlungen würden uns durch die Entente sehr erleichtert. Aber es mußte ein Weg gefunden werden, um zu neuen Verhandlungen zu kommen. Der erste Mann war, auf dem Wege der Tapenbauer den Wiederaufbau in Frankreich





Berliner Fondsbörse vom 26. April.

Die Börse nimmt gegenwärtig die schwerwiegendsten Ereignisse mit höchstem Gleichmut entgegen. Die drohende Goldschmelznahme durch die Entente führt zu keiner größeren Erschütterung des Kursgebüdes, wohl aber verstärkte sich die Abwärtsbewegung der Kurse...

Am Schiffsausrüstungsmarkt Hapsa angeboten und 6 1/2 pCt. niedriger. Auch Packetachtung leicht abgewischt. Unter den Elektrowerten Geschäft bei geringen Schwankungen...

Console und 4proz. Reichsanleihen eine Kleinigkeit gewonnen. Ungarisch, besonders die 5proz. Ungarische Industrieobligationen...

Antliche Kurse vom 26. April.

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including Deutsche Anleihen, Preussische Pfandbriefe, Industrieobligationen, and Kleinbahn-Aktien.

Deutsche Anleihen

Table listing German bonds and their prices, including Reichsanleihen, Provinzialanleihen, and Pfandbriefe.

Preussische Pfandbriefe

Table listing Prussian mortgage bonds from various provinces like Berlin, Brandenburg, and Pommern.

Industrieobligationen

Table listing industrial bonds from companies like Siemens, AEG, and other major firms.

Kleinbahn-Aktien

Table listing small railway stocks from various regions.

Stadtbahnen

Table listing city tramway stocks from Berlin, Hamburg, and other cities.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks from companies like Norddeutscher Lloyd and others.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks from various financial institutions.

Deutsche Eisen-Akt.

Table listing German iron and steel stocks from companies like Thyssen and others.

Deutsche Eisen-Akt.

Table listing German iron and steel stocks from companies like Thyssen and others.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds from various countries including Austria, Hungary, and others.

Deutsche Eisen-Akt.

Table listing German iron and steel stocks from companies like Thyssen and others.

Deutsche Eisen-Akt.

Table listing German iron and steel stocks from companies like Thyssen and others.

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or reference code.